

Der Wandel der Studentenschaft

Die Freie Universität von 1948 bis zum Beginn der sechziger Jahre¹

Siegward Lönnendonker

Die Forderung der Berliner Studenten von 1948 nach einer „Freien Universität“ hatte sich ebenso gegen die politisch ausgerichtete „Universität neuen Typus“ in der sowjetischen Besatzungszone gewandt, an der oft Opportunismus, Bspitzelung und Dogmatismus vorherrschten, wie gegen eine Universität, die sich als „unpolitisch“ verstand, jedoch bei der Mehrheit der Studenten und bei weiten Teilen der Hochschullehrer Wegbereiter der NS-Ideologie gewesen war. Allgemein anerkannt war bei den Gründungsstudenten die gesellschaftliche Dimension von Wissenschaft: „Die Universität, das wußten wir, stand stellvertretend für die Gesellschaft. Dieser ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben: darin sahen wir die Aufgabe einer Universität. [...] Wir hatten die Lehre der NS-Zeit verstanden, die heute wieder vergessen ist: daß die politisierte Universität identisch ist mit der vermeintlich unpolitischen. Wir wollten das politische Bewußtsein des Universitätsbürgers. Es allein garantierte uns die Freiheit der Universität, die stellvertretend stand für eine freie Gesellschaft. Politiker und Professoren, Gewerkschaftler und Schriftsteller teilten unsere Ansicht.“ So Klaus Heinrich später in seinen „Erinnerungen an das Problem einer freien Universität“.

Die Gründung der Freien Universität war für sie ein eminent politischer Akt gewesen, und dieses in der sowohl antikommunistischen als auch teilweise bewußt antifaschistischen Tradition stehende politische Bewußtsein äußerte sich noch Anfang der fünfziger Jahre auch außerhalb der Universität. So zum Beispiel im Juli 1950, als FU-Studenten die Gründungsversammlung der neofaschistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) verhinderten, oder im Dezember desselben Jahres, als etwa 4 000 studentische Demonstranten mehrere Tage lang gegen ein Gastspiel des Hauptdarstellers aus dem antisemitischen Veit-Harlan-Film „Jud Süß“, Werner Krauss, protestierten.

Der Professor der Columbia University, Franz Leopold Neumann, gab im Februar 1950 einen subjektiv gefärbten, jedoch sehr informativen Bericht über die Zustände an der Freien Universität aus der Sicht des Verbindungsmannes zwischen der Deutschlandabteilung im State Department und der Freien Universität Berlin:

„Insgesamt sind die Studenten wahrscheinlich das größte Kapital der FU. Sie sind intelligent, politisch wach, hart arbeitend und angenehm freundlich. Drei spezifische Probleme sind aber in diesem Zusammenhang von Relevanz:

a) Die Studenten beanspruchen zuviel Macht in der FU. Die Grundidee einer studentischen Vertretung durch den Konvent und dessen Exekutive (AStA) ist natürlich vernünftig. [...] Aber die Studenten verletzen oft die Grenzen des Anstands, insbesondere bei Berufungen in den Fakultäten. Andererseits wäre etwas mehr Fairneß ihnen gegenüber durch die Universitätsspitze wünschenswert.

1 Auszüge aus der FU-Dokumentation von Lönnendonker, Siegward/Fichter, Tilman (unter Mitarbeit von Claus Rietzschel): Freie Universität Berlin 1948–1973 – Hochschule im Umbruch, Teil I–III. Berlin 1973–1974. Vgl. auch Band 1 der *Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte der Freien Universität Berlin*, der im Januar 2008 erscheinen wird: Kubicki, Karol/Lönnendonker, Siegward (Hrsg.): Die Freie Universität Berlin 1948–2006 von der Gründung bis zum Exzellenzwettbewerb. Alle sechs Teile der FU-Dokumentation werden im Dezember 2007 ins Netz gestellt.

b) Die Studenten führen einen erbitterten und intelligenten Kampf gegen die Restauration der Korporationen und der Altherrenschaften. Sie sind soweit erfolgreich, während an allen anderen deutschen Universitäten dieser Kampf verloren ist. Die Studenten müssen unsere volle Unterstützung in diesem Kampf erhalten [...]

c) Eine Reihe von Studenten aus der Ostzone könnte ziemlich gefährlich werden. Es ist offensichtlich, daß viele Ostzonen-Studenten den Osten verlassen haben, nicht weil sie Demokraten sind, sondern weil sie Faschisten sind. Sie müssen sorgfältig beobachtet werden. [...].“ (Letztere Befürchtung stellte sich allerdings als grundlos heraus.)

Im Februar 1950 war in der Bundesrepublik der antifaschistische Elan der ersten Stunde, der Initiativen wie den Heidelberger Kreis um Karl Jaspers, die Marburger Hochschulgespräche und als Wichtigstes das „Blaue Gutachten“ hervorgebracht hatte, bereits weitgehend versandet, und ein Scheitern dieser im ganzen selbstkritischen Reformbewegung zeichnete sich ab. In dieser Situation versuchte Franz L. Neumann wenigstens an der Freien Universität noch zu retten, was zu retten war, und die Entwicklung zur Anpassung an die tradierten Verhältnisse aufzuhalten. Die Columbia University of New York, an der viele aus Deutschland emigrierte Wissenschaftler lehrten, werde – so Neumann – an einem geplanten wissenschaftlichen Kontakt zur FU nur dann Interesse entwickeln, wenn die FU „nicht nur eine weitere Universität und insbesondere nicht nur eine weitere deutsche Universität“ werde.

Jedoch schon im ersten größeren Konflikt des Konvents mit dem Akademischen Senat um die Berufung eines aus der NS-Zeit vorbelasteten Professors an die Juristische Fakultät zeigte sich im Jahre 1950 eine Tendenz der Entpolitisierung der Studentenschaft. Ein problematischer Bewußtseinsunterschied zwischen der Argumentation des Konvents und der am reinen Studienablauf interessierten Position von Teilen der Studentenschaft wurde offenbar: Die studentische Vollversammlung der Juristischen Fakultät begrüßte den Gewinn des neuen Hochschullehrers und schwächte damit die Position des Konvents. Hier ließen sich zum ersten Male drei Positionen ausmachen, die in den folgenden Jahren die Grundlage entscheidender Konflikte wurden: erstens die unpolitische Universität, wie sie von den meisten Professoren gefordert wurde, zweitens eine in weiten Teilen indifferente, fachorientierte Studentenschaft und drittens eine politisch orientierte Studentenvertretung sowie die „linken“ politischen Studentenverbände.

Mit der zunehmenden Dominanz der akademischen Verwaltung ging der Einfluß der studentischen Vertreter in den Gremien zurück. Senatsausschüsse wurden zunehmend nur mit Professoren besetzt. Zum Beispiel bestand der Verfassungs- und Rechtsausschuß zur „Ausarbeitung einer Geschäftsordnung des Senats, Ausarbeitung von Satzungsänderungen, Prüfungen und Überwachung aller die Universität betreffenden Rechtsfragen“ 1950 noch aus dem Rektor, einem Verwaltungsrechtler der Juristischen Fakultät und dem Konventsvorsitzenden, 1951 nur noch aus dem Rektor und zwei (zeitweise drei) Professoren der Juristischen Fakultät. Ähnliche Einschränkungen gab es in den Fakultäten: Im Juli 1950 preschte die Juristische Fakultät vor und beschloß in der Fakultätsordnung, daß der studentische Vertreter nicht (mehr) stimmberechtigt sei bei der Verleihung eines akademischen Grades oder vorbereitend dazu bei Beschlüssen, „denen eine wissenschaftliche Beurteilung zugrunde liegt“, und bei „Feststellung oder Beurteilung des dienstlichen Verhaltens eines Lehrkörpers“. Am 4. Mai 1951 erfolgte eine weitere Einschränkung: Auf der Fakultätssitzung der Juristischen Fakultät wurde in Abwesenheit des studentischen Vertreters eine Vertretung des Sprechers der Studentenschaft in der Fakultät ausgeschlossen. Diese hier nur angedeutete inneruni-

versitäre Entwicklung führte zusammen mit der Anpassung der West-Berliner Verfassung an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zum Rückgriff auf traditionelle Entscheidungsmuster auch an der FU. Da das „Berliner Modell“ einer der Gründe war, warum sich die traditionellen westdeutschen Universitäten mit der Anerkennung der Freien Universität schwertaten, bedeutete die Zurückdrängung der studentischen Mitentscheidungsrechte gleichzeitig eine „Aufwertung“ der Universität.

Zu einem relativ frühen Zeitpunkt wandte sich die Juristische Fakultät der FU in einem Gutachten zum Entwurf einer Satzung der Studentenschaft auch gegen ein politisches Mandat der Studentenschaft. Das Gutachten argumentierte, daß ein Organ der Universität, die Studentenschaft, ohne Zustimmung der anderen Organe nicht für die Gesamtkörperschaft Universität sprechen könne.

Einwände wie der, die Studentenschaft sei ein Zwangsverband und als solcher nicht zur politischen Stellungnahme legitimiert, wurden allerdings in keinem der Fälle gemacht, in denen sich die politischen Stellungnahmen der Studentenschaft in Übereinstimmung mit der offiziellen Politik der Ära Adenauer befanden. Als wichtigstes Argument für die Wahrnehmung des politischen Mandats wurde damals vorgebracht, daß in der arbeitsteiligen Gesellschaft das politische Bewußtsein und politische Aktivität eben nicht auch an Spezialisten delegiert werden dürften. Politische Praxis sei nicht vom Wissenschaftsprozeß zu trennen. Die Gesellschaft stelle Forderungen an die Wissenschaft, und diese wirke auf die Gesellschaft zurück. Politische Diskussionen müßten in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden.

So erklärte der Konvent der Freien Universität, „daß die Freie Universität den Typ des unpolitischen Wissenschaftlers ablehne“. Universität und politisches Bewußtsein sollten zusammengehören. Im Unterschied zu den Universitäten Westdeutschlands, an denen das politische Mandat eher zurückhaltend gehandhabt wurde und auch die Studentenvertreter überwiegend der Ansicht der Professoren waren, daß ein solches Mandat der Studentenvertretung nicht zukomme, lehnte der Konvent der Freien Universität schon im Januar 1951 eine Beschränkung seiner Beschlüsse auf spezifisch studentische Fragen ab:

„Der 1. Vorsitzende des AStA wird beauftragt, in Fällen, in denen Recht und Menschlichkeit verletzt oder gefährdet sind, sofort und nach eigenem Ermessen die erforderlichen Schritte einzuleiten bzw. öffentliche Erklärungen abzugeben und dem Konvent auf der nächsten Sitzung darüber zu berichten.“

Dieser Beschluß war eine Reaktion auf zwei Todesurteile gegen Studenten und die Verurteilung eines Oberschülers zu langjähriger Zuchthausstrafe durch die politische Justiz der DDR. In derselben Sitzung beschloß der Konvent, an der Freien Universität keine studentischen Vereinigungen zuzulassen, die „den Antisemitismus verbreiten, fördern oder billigen“.

In den fünfziger Jahren nahm der Konvent der Freien Universität häufig zu allgemeinen – besonders zu innerdeutschen – Fragen Stellung. Beispiele hierfür sind:

- Befürwortung der Politik der Bundesregierung (19.1.1950);
- Solidarisierung mit der Wiedervereinigungspolitik Adenauers (31.1.1950);
- Protest gegen die Aufführung von Veit-Harlan-Filmen (12.2.1950);
- Bejahung des deutschen Wehrbeitrages (19.12.1950);
- abermalige Verurteilung der Aufführung von Veit-Harlan-Filmen (24.2.1954);

- Ablehnung des Vereins Deutscher Studenten (VDSt) als studentische Vereinigung an der FU wegen Verdachts des Antisemitismus (6.2.1955);
- Appell an die Atommächte, die Atomwaffenversuche einzustellen (15.5.1957).

Mit den ersten Divergenzen zwischen den Auffassungen der Mehrheit der Professoren, der Regierungspolitiker, der Kirche und der Wirtschaftsverbände und denen der Studenten wuchs auch in Kreisen CDU-naher Studentenvertreter ein Politikverständnis, das im Falle regierungskritischer Aktivität der Studenten eine strikte Beschränkung ihres politischen Engagements und eine „Versachlichung“ der Konventsarbeit forderte. Die Wende wurde im Juli 1958 offensichtlich, als der Konvent einen vorher gefaßten Beschluß über eine Urabstimmung unter der Studentenschaft „um d[er] Wahrung des akademischen Friedens willen und mit Rücksicht auf die geringe Mehrheit“ zurücknahm. Es hatte darüber entschieden werden sollen, ob die Studentenschaft überhaupt zur Frage der atomaren Rüstung Stellung nehmen sollte und ob sie einen Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf atomare Bewaffnung der Bundeswehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt für notwendig hielt.

Im November 1958 kam es dann erstmals zum offenen Konflikt, als der Rektor zum Festakt des zehnjährigen Bestehens der Freien Universität die geplante Rede des AStA-Vorsitzenden ihres politischen Inhalts wegen verbieten wollte. Der AStA ließ trotz der Bedenken des Rektors die Rede doch halten.

Für den AStA signalisierte die sinkende Beteiligung an den Konventswahlen der FU eine besorgniserregende Entpolitisierung der Studentenschaft: Von 71,4 Prozent im Jahre 1949 sank die Wahlbeteiligung bis zum Jahre 1951 um genau 15 Prozent. Als 1952 die Frage der Zulassung der schlagenden Verbindungen im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand, schnellte die Wahlbeteiligung wieder auf 71,4 Prozent hoch. Nachdem sie dann bis zum Jahre 1955 auf 51,2 Prozent gesunken war, stieg sie nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand in Ungarn und der Suez-Intervention Englands, Frankreichs und Israels auf 73,7 Prozent an. Danach pendelte sich die Wahlbeteiligung auf ungefähr 57 Prozent ein. Auch Mitte der sechziger Jahre, als die Studentenschaft zum großen Teil politisiert war, wurde diese Zahl nicht mehr überschritten. Als Ende der fünfziger Jahre die Konventsbeschlüsse zunehmend gegen die offizielle Regierungspolitik der Bundesrepublik Deutschland und den antikommunistischen Konsensus in West-Berlin verstießen und nachdem der an der FU durchgeführte Studentenkongreß gegen Atomrüstung durch eine großangelegte Pressekampagne als kommunistisch diffamiert worden war, schafften es „rechte“ politische Studentengruppen, die den Wahlkampf mit der Parole „Versachlichung der Konventsarbeit“ geführt hatten, den AStA zu übernehmen. Am 30. Januar 1963 überspannten sie jedoch den Bogen und wählten das Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Saravia“ Eberhard Diepgen zum 1. AStA-Vorsitzenden. Den Studentenverbänden SDS, SHB, LSD und DIS gelang daraufhin eine Mobilisierung der Studentenschaft gegen das Verbindungswesen: In einer Urabstimmung mit 70,8 Prozent Wahlbeteiligung votierten 64,5 Prozent für die Abwahl des 1. AStA-Vorsitzenden und 60 Prozent für die Auflösung des Konvents.

Die Geschichte der Politisierung der Studenten der FU bis zum 2. Juni 1967 ist dann die Geschichte des permanenten Versuchs der Universitätsverwaltung, die politischen Rechte der Studentenvertretung und der politischen Studentenverbände einzuschränken, und deren Reaktionen darauf. Die Verlagerung wichtiger Entscheidungen in Gremien, in denen die Studenten kein Mitspracherecht besaßen, konterkarierte das ur-

sprüngliche Gemeinschaftsgefühl und ließ die Gruppeninteressen verschärft sichtbar werden. Daraus resultierten seit der Mitte der sechziger Jahre studentische Unruhen, die die Tendenz der uneingeschränkten Konsolidierung abschwächten und einen tiefgreifenden Wandel der bisherigen Strukturen auslösten.

Erste Initiativen, einen grundlegenden Wandel herbeizuführen, zeigten sich schon am Ende der fünfziger und am Anfang der sechziger Jahre. So erklärte der 2. AStA-Vorsitzende im Januar 1958, daß sich die politische Position des neuen AStA von der der FU-Gründer grundsätzlich unterscheide. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hatte mit seiner 1961 veröffentlichten Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ erste Ideen für eine grundlegende Reform vorgetragen. Sie sollte vor allem die „Ordinarienuniversität“ beseitigen und allen Universitätsangehörigen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte einräumen. Die Denkschrift schloß mit der das Kernproblem beschreibenden, aber nicht lösenden Feststellung: „Es ist für die freie Entfaltung und Leistungsfähigkeit wissenschaftlicher Arbeit in der Hochschule eine Lebensfrage, inwieweit es gelingt, die akademische Freiheit des einzelnen Wissenschaftlers und Studenten mit der sozialen Demokratisierung der Hochschule und ihrer Einrichtungen in Einklang zu bringen.“

Im Januar 1959 – also kurz nach dem Chruschtschow-Ultimatum – veranstalteten die 20 westdeutschen und West-Berliner studentischen „Anti-Atom-Ausschüsse“ mit 318 Delegierten und mehr als 200 deutschen und internationalen Gästen den „Studentenkongreß gegen Atomrüstung“. Das Plenum nahm in der Sitzung am 4. Januar, zu der denn auch zahlreiche kommunistische Studenten der Humboldt-Universität erschienen waren, mit Zweidrittelmehrheit einen Antrag an, der wesentlich von dem Publizisten Erich Kuby und den *Konkret*-Redakteuren Reinhard Opitz und Hans Stern vorbereitet worden war. In ihm wurden direkte Verhandlungen „mit Pankow“ über einen Friedensvertrag und „mögliche Formen einer interimistischen Konföderation“ gefordert. (Die Zeitschrift *Konkret* wurde von der DDR finanziell unterstützt, was damals allerdings nur wenigen bekannt war.) Die Schirmherren der Veranstaltung, der SPD-Wehrexperte Helmut Schmidt (MdB) und der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Otto Stammer, verließen daraufhin den Kongreß unter Protest. „Totengräber unserer Freiheit“ kommentierte die *Berliner Morgenpost* und drückte damit das Empfinden des Großteils der Berliner Bevölkerung aus. Deren zunehmend aggressive Haltung erweckte bei vielen Studenten wiederum das Gefühl, stellvertretend für die Kommunisten im anderen Teil der Stadt Zielscheibe des Zorns zu sein.

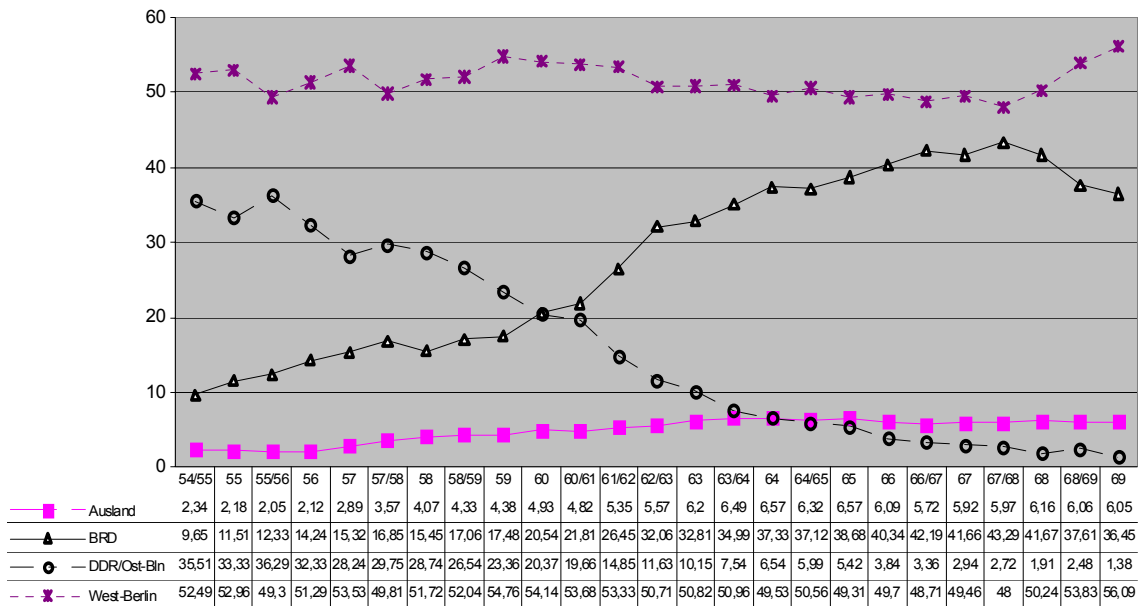
Diese Situation veranlaßte in den folgenden Jahren den SDS zu einer grundlegenden Analyse des Verhältnisses der Bevölkerung zu den linken Studenten, insbesondere denen der Freien Universität. Daß der Antikommunismus der West-Berliner sich grundsätzlich von dem der „Westdeutschen“ unterschied, war dem AStA und den linken Studenten klar. Schließlich gründete er sich nicht auf Vorurteile oder theoretische Seminare. Die Berliner hatten selbst miterlebt, wie die Kommunisten versucht hatten, West-Berlin buchstäblich auszuhungern, wie sie Stück für Stück die Stadt geteilt hatten, von der Energieversorgung über die Verwaltung, die Polizei, die Gewerkschaften bis hin zur Errichtung der Mauer, die auch jeden persönlichen Kontakt unter Verwandten und Freunden brutal abbrach. Die Blockade hatte die „Insulaner-Mentalität“ hervorgebracht. Der Stolz, die Blockade durchgestanden zu haben, und das Selbstbewußtsein, im Kampf gegen den Kommunismus auserwählt zu sein, machten den Wandel im politischen Bewußtsein eines Teils der Studenten der Freien Universität um so unverständlicher – die Blockade kostete die SED im übrigen in West-Berlin unter anderem

ihre letzten Arbeiterstimmen. (Allerdings rief die „auch Antipathie in der Bundesrepublik hervor: Schließlich finanzierten die westdeutschen Steuerzahler durch hohe Subventionen die Existenzfähigkeit von West-Berlin, sichtbar auch an der bis Mitte der fünfziger Jahre obligatorischen blauen 2-Pfennig-Marke „Notopfer Berlin“, ohne die kein Brief befördert wurde.)

Jedoch schien das alles die militant antistudentische Haltung nicht ausreichend zu erklären. Das „Berlin-Syndrom“ mußte noch weitere Gründe haben, und die glaubten die linken Studenten mit Hilfe der damals in Seminaren und Arbeitskreisen aufgearbeiteten Psychoanalyse gefunden zu haben. Neben der bewußten Furcht der Bevölkerung vor einem Abmarsch der westlichen Alliierten und der Ablehnung einer kommunistischen Diktatur – wie sie im Ostteil der Stadt sichtbar war – kam nach Ansicht der Theoretiker der studentischen Linken noch ein anderer Aspekt hinzu. In ihren durch die Frankfurter Schule beeinflussten Analysen der Berliner Situation identifizierten sie noch einen weiteren Unterschied zu westdeutschen Städten: Im SDS, im Argument-Club und in Seminaren an der Philosophischen Fakultät der FU wurde diskutiert, ob und wie weitgehend verdrängte Erlebnisse im kollektiven Unbewußten einer Bevölkerung nachwirken und Einfluß auf die politische Situation haben können. Nach Meinung der Studenten war – ähnlich wie die Verbrechen, die Deutsche anderen Völkern angetan hatten, oder die „Endlösung der Judenfrage“ durch Vernichtung in Konzentrationslagern – das wichtigste traumatische Erlebnis der Berliner am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht rational aufgearbeitet worden: der Einmarsch der „Russen“ bei der Eroberung Berlins durch die Rote Armee mit zehn Tagen Straßenkämpfen, Plünderungen und Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten. Und diese verdrängte Erfahrung hielt – so die Interpretation der studentischen Linken – die West-Berliner in einer unbewußten Situation der Angst gefangen und erzeugte einen über die bewußte Ablehnung sozialistischer Ideen hinausgehenden unbewußten Haß, der sich stellvertretend für die Sowjets gegen die kommunistischen Studenten richtete – eine Auffassung, die verständlicherweise von dieser Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht geteilt werden konnte.

Nach dem Studentenkongreß gegen Atomrüstung im Januar 1959 verschärfte sich das politische Klima an der FU weiter. Schon am 25. Februar 1959 beschloß der Akademische Senat der FU einstimmig die Einsetzung eines „Senatsausschusses [...], der über die Formen der politischen Meinungsäußerungen der akademischen Gremien außerhalb der Freien Universität beraten soll“ (der sogenannte Maulkorbausschuß). Anlaß dieses Beschlusses war eine Unterschriftensammlung des AStA für eine Petition gegen die Beschäftigung von NS-Richtern, NS-Staatsanwälten und NS-Ärzten im staatlichen Dienst an den Bundestag.

Mit dem Bau der Mauer änderte sich an der Freien Universität die Zusammensetzung der Studentenschaft tiefgreifend. Die Universität verlor über Nacht ihre Rolle als Fluchtburg für im Osten aus politischen Gründen nicht zugelassene Studenten mit ihrem spezifischen Erfahrungsschatz. Berlin sah sich gezwungen, seinen Schwerpunkt auf die Kulturmetropole zu verlagern und warb dafür um Zuzug. Dabei strebten auch vermehrt Studenten aus der Bundesrepublik nach West-Berlin, die sich zu Hause am Establishment rieben, darunter viele, die der Einberufung zur Bundeswehr durch Begründung eines eigenständigen Aufenthalts in Berlin (West) entgehen konnten, weil das bundesdeutsche Wehrpflichtgesetz mit Rücksicht auf den Viermächtestatus der Stadt hier keine Anwendung fand.



Herkunft der an der FU Studierenden zwischen WS 1954/55 und SS 1969 (prozentuale Aufgliederung)

Die Zusammensetzung der Studentenschaft zwischen 1955 und 1969 spiegelt fraglos die Entwicklung der politischen Ereignisse wider. In dieser Zeit verdoppelte sich die Zahl der eingeschriebenen Studenten von 7 635 auf 14 787. Dennoch hielt sich der Prozentsatz an Studenten aus West-Berlin über die Jahre hin stabil um etwa 50 Prozent (48–56 Prozent), der der Ausländer stieg von 2 auf 6 Prozent an. Der entscheidende, auch die politische Haltung der Studentenschaft tief beeinflussende Wechsel fand zwischen der Abnahme von Studenten aus dem sowjetzonalen Osten und der Zunahme derjenigen aus der Bundesrepublik Deutschland statt.

Der Anteil der Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone und Ost-Berlin betrug anfangs etwa ein Drittel. Nach dem Chruschtschow-Ultimatum fiel er von 26 Prozent im Wintersemester 1958/59 auf 20 Prozent im Sommersemester 1961 ab. Die knapp 22 Prozent Ost-Studenten vom Wintersemester 1961/62 waren Weiterstudierende, die sich beim Bau der Mauer im Westteil der Stadt befunden hatten. Ihr Anteil verringerte sich bis zum Sommersemester 1969 entsprechend den Studienabschlüssen auf 1,4 Prozent. Umgekehrt stieg der Anteil der Studenten aus der Bundesrepublik. Deren Anteil betrug im Wintersemester 1954/55 knapp 10 Prozent, schloß im Sommersemester 1960 mit etwa 20 Prozent zu der Zahl derer aus dem Osten auf, überstieg deren Anteil dann im Wintersemester 1961/62 mit knapp 22 Prozent und erreichte den Gipfel im Wintersemester 1967/68 mit 43 Prozent. Seit der Mitte der sechziger Jahre engagierte sich ein Teil der über 60 – laut Paragraph 26 der Universitätsordnung – zugelassenen studentischen Organisationen und Vereinigungen für einen mehr oder weniger intensiven Wandel der Strukturen. Wie die vom Beauftragten des Rektors für die politische Bildungsarbeit herausgegebenen Veranstaltungskalender ausweisen, waren dies vor allem der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der Argument-Club der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), die Liberale Hochschulgruppe sowie die Evangelische Studentengemeinde und die Katholische Studentengemeinschaft. Die meisten Aktionen gingen vom SDS aus. Es entstanden die organisatorisch unabhängigen studentischen Linken, deren Kristallisationspunkte die SDS-Gruppe und der Argument-Club waren, die späteren Motoren der studentischen Revolte.